

# "Ökologische Marktwirtschaft"??

verfasst von **Robert Schlosser**®, 05.09.2012, 17:18

In der „Inauguraladresse der Internationalen Arbeiter-Assoziation“ schrieb Marx 1864:

*„Der Kampf über die gesetzliche Beschränkung der Arbeitszeit wütete um so heftiger, je mehr er, abgesehen von aufgeschreckter Habsucht, in der Tat **die große Streitfrage traf, die Streitfrage zwischen der blinden Herrschaft der Gesetze von Nachfrage und Zufuhr, welche die politische Ökonomie der Mittelklasse bildet, und der Kontrolle sozialer Produktion durch soziale Ein- und Vorsicht, welche die politische Ökonomie der Arbeiterklasse bildet.** Die Zehnstundenbill war daher nicht bloß eine große praktische Errungenschaft, sie war der Sieg eines Prinzips. Zum erstmal erlag die politische Ökonomie der Mittelklasse in hellem Tageslicht vor der politischen Ökonomie der Arbeiterklasse.“* MEW, Bd. 16

Heute ist die Frage nach der „Kontrolle sozialer Produktion durch soziale Ein- und Vorsicht“ auch als eine Frage der „sozialen Ökologie“ aufgeworfen. „Soziale Ein- und Vorsicht“ umfasst den klassischen Arbeitsschutz, den Umgang mit Gefahrstoffen und den Umweltschutz. Sofern sich „soziale Ein- und Vorsicht“ in der kapitalistischen Ökonomie Geltung verschafft, „die blinde Herrschaft der Gesetze von Angebot und Nachfrage“ einschränkt, geschieht dies wesentlich über gesetzliche Regelungen und bürokratische Kontrollen, die den Einzelkapitalen Schranken auferlegen. Die gesetzlichen Regelungen selbst sind Produkt politischer Auseinandersetzungen, in denen sowohl soziale Widerstandsbewegungen, die politischen Parteien, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände, als auch Einrichtungen wie die Berufsgenossenschaften, Verbraucherschutzorganisationen etc. eine Rolle spielen. Die Staatsmacht sorgt für „Integration“ von Kritik und „befriedet“ Widerstand; sie sorgt für Regelungen, bei denen das Interesse aller Einzelkapitale an ihrer Verwertung im Rahmen von Marktwirtschaft gewahrt bleibt.

Mit der Ökologiebewegung, ihrer Kritik an der Atomenergie, Produktionsmethoden und Produkten von Landwirtschaft und Lebensmittelindustrie etc. entstand ein Streben nach „Kontrolle sozialer Produktion“, das – im Gegensatz zur traditionellen Arbeiterbewegung – nicht in erster Linie die kapitalistischen Produktionsverhältnisse, sondern die industrielle Produktionsweise und ihre Auswirkungen kritisierte.

Es entstand eine Bewegung, die ihren Ausgangspunkt nicht unter den Lohnabhängigen in den Betrieben (also als „unmittelbare ProduzentInnen“) hatte, sondern getragen wurde von Lohnabhängigen als „Konsumenten“.

Diese Bewegung fand nicht zuletzt einen Niederschlag in der erfolgreichen Gründung der grünen Partei, in der sich schließlich eine Richtung durchsetzte, die heute eine „ökologische Marktwirtschaft“, gar einen „Green New Deal“ auf ihre Fahnen geschrieben hat, damit das Kapital wieder in angemessener Größenordnung wachsen kann. Was vom anfänglich vorhandenen Antikapitalismus dieser Partei geblieben ist, lässt sich ablesen an ihrer Mitverantwortung von Hartz IV oder den Kriegseinsätzen der Bundeswehr auf dem Balkan oder in Afghanistan. Doch das soll hier nicht weiter von Interesse sein. Hier soll es gehen um das Projekt einer „ökologischen Marktwirtschaft“, die genau so ein phantastisches Projekt ist, wie es die „soziale Marktwirtschaft“ war.

Mittlerweile nimmt die „ökologische Marktwirtschaft“ in Deutschland ja Formen an. Das bedeutet, dass das Kapital sich der in „Alternativbetrieben“ entwickelten Ansätze zu Produktionsverfahren und Produkten, die ökologischen Erkenntnissen Rechnung tragen, bemächtigt. Das gilt sowohl für Energiegewinnung also auch für Lebensmittelproduktion. Mit steigendem „Umweltbewusstsein“ stieg die Nachfrage nach Energie aus erneuerbaren Energiequellen, nach Lebensmitteln aus Landbau und Tierhaltung, die sich um Berücksichtigung moderner naturwissenschaftlicher

Erkenntnisse bemühte. In dem Maße, wie sich diese Nachfrage entwickelte, entwickelte sich das Interesse des Kapitals für die neuen Produktionen und deren Produkte. In dem Maße, wie sich das Kapital dieser neuen Produktionen bemächtigt, weil es einen „Wachstumsmarkt“ erkennt, verschafft sich das Streben nach maximaler Verwertung auch hier Geltung.

Wozu das führt deckt neuerdings guter Enthüllungsjournalismus ein ums andere Mal auf. Zuletzt sah ich die Exklusiv-Reportage am Montag, den 03. 09.2012 (ARD). Die Frankfurter Rundschau berichtete darüber u.a. wie folgt:

### **"Neue Ladung Schockbilder**

*... Bio-Schweine in dunklen, winzigen Verschlägen, mit wunden Hintern und traurigen Blicken. Küken, die auf einem Förderband in einen Schredder wandern. Außerdem federlose Hühner, die sich praktisch gegenseitig verbrauchergerecht zugerichtet haben. All das ist schrecklich, grausam und von den Machern der Sendung gekonnt in Szene gesetzt. Und doch sind uns die Bilder vertraut. Die Unbekannte bleibt die Kartoffel. Bio-Bauer Jochen Kulow produziert sie gerade nur für den Eigenverbrauch – gezwungenermaßen. Weil sie die Supermärkte nicht haben wollen, muss Kulow die Knollen nun an die eigenen Kühe verfüttern, auf Kosten der Umwelt. Die deutschen Supermärkte lassen sich derweil von ägyptischen Produzenten beliefern. Das ist billiger und auch diese Kartoffeln entsprechen den Kriterien des europäischen Bio-Siegels. Dass der lange Transportweg hohe Energiekosten birgt und die sonnenverwöhnten ägyptischen Frühkartoffeln achtzehn Mal mehr Wasser verbrauchen als Bauer Kulows, schockiert. Was „Bio“ ist, muss eben nicht nachhaltig sein.“*

<http://www.fr-online.de/tv-kritik/ard-exklusiv-wie-billig-kann-bio-sein-,1473344,17048178.html>

Hier beugt nicht „soziale Ein- und Vorsicht“ das blinde Wirken von Angebot und Nachfrage, sondern die Herrschaft dieses Gesetzes macht die Ökologie zu einer Farce, zu einer verwertbaren Marke, an der kaum noch etwas „öko“ ist.

Die wunderschönen und billigen Ökokartoffeln aus Ägypten müssen nicht nur mit Schiffen und LKWs lange Transportwege zurück legen, für sie muss außerdem noch kostbares Trinkwasser in großen Mengen verschwendet werden, während sich die Öko-Kartoffeln von Bio-Bauer Kulow hierzulande im Allgemeinen mit Regenwasser zufrieden geben.

Die Supermärkte, das Handelskapital, interessiert das wenig. Der Preis – Einkaufspreis und Verkaufspreis – muss stimmen, damit am Schluss ein ordentlicher Profit rausspringt. Jede beliebige Produktion wird als Anlagesphäre für Kapital eben auf die Verwertungsbedürfnisse von Kapital zugerichtet. Das ist Marktwirtschaft! Je mehr die „Energiewende“ konkrete marktwirtschaftliche Form annimmt, desto „nachhaltiger“ wird das Interesse der Kapitalverwertung auch dieser „Wende“ ihren Stempel aufdrücken.

Eine Kontrolle sozialer Produktion durch soziale Ein- und Vorsicht ist unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen nicht durchsetzbar. Das Bestreben danach kann immer nur zu einzelnen Zugeständnissen, Kompromissen führen, die dann staatsbürokratisch in gesamtkapitalistischem Interesse an Marktwirtschaft verwaltet werden. Sie halten nur solange, wie sie mit Kapitalverwertung kompatibel sind, bzw. gemacht werden können (vor allem durch staatlich gesetzte „Rahmenbedingungen“).

Die Konkurrenz der Einzelkapitale (Marktwirtschaft!) macht jedes Zugeständnis zu einem Zugeständnis auf Zeit, das über kurz oder lang unter die Räder des ökonomischen Bewegungsgesetzes der bürgerlichen Gesellschaft gerät.

Das Bedürfnis nach Kontrolle sozialer Produktion durch soziale Ein- und Vorsicht kann sich nur durchsetzen durch Beseitigung des Systems der Lohnarbeit und durch Rücknahme staatlicher Funktionen in und durch die Gesellschaft. Es kann sich nur „nachhaltig“ Geltung verschaffen, wenn die Mehrheit der Menschen nicht mehr in dem Widerspruch leben muss, einerseits nur leben zu können, wenn ihre Arbeitskraft einen Käufer findet - was und wie immer der Käufer für den Markt zu produzieren beabsichtigt - und andererseits nur als „Konsument“ sein Interesse an

Produktionsverfahren und Produkten entwickeln kann, die ökologische Erkenntnisse berücksichtigen.

Die grundlegenden Ziele des Bochumer Programms (hier Kommunalisierung und Demokratisierung der Energie- und Lebensmittelversorgung, Abschaffung der Lohnarbeit in genossenschaftlicher Produktion) kennzeichnen wesentliche Voraussetzungen für die Kontrolle sozialer Produktion durch soziale Ein- und Vorsicht. ;-)

Viele Grüße  
Robert